

SCHULDENBREMSE

Grüne fordern Haushaltssperre für Berlin

Donnerstag, 4. Juni 2009 17:24

Die Berliner Grünen-Fraktion wirft dem rot-roten Senat vor, seine Sparpolitik aufgegeben zu haben. Bis 2013 müsse das Land 13,5 Milliarden Schulden aufnehmen. Jetzt soll die Notbremse gezogen und eine Haushaltssperre verhängt werden.



Berlin macht neue Schulden: Der Grünen-Politiker Jochen Esser fordert eine Haushaltssperre

Foto: Schulz

Die Berliner Grünen-Fraktion hält angesichts der erneut wachsenden Schulden des Landes eine Haushaltssperre für notwendig. Berlin stecke erneut in der Schuldenfalle, sagte der Grünen-Haushaltsexperte Jochen Esser am Donnerstag. Aus derzeitiger Sicht müsse Berlin im Planungszeitraum bis 2013 weitere 13,5 Milliarden Euro an Schulden aufnehmen. Bei einem Zinssatz von vier Prozent ziehe das allein für die neuen Schulden jährliche Zinsbelastungen von einer halben Milliarde Euro nach sich, so Esser.

Der Grünen-Politiker kritisierte zudem, dass die rot-roten Regierungsfractionen in dieser Legislatur seit Herbst 2006 das Sparen aufgegeben hätten. Die Ausgaben lägen Jahr für Jahr rund 300 Millionen Euro über dem Plan. SPD und Linke wollten heute von einem ausgeglichenen Haushalt nichts mehr wissen.

"Rot-Rot hat kein Sanierungsziel und dadurch auch keinen klaren Kurs in der Haushaltspolitik mehr", rügte Esser. Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen hätten bereits Haushaltssperren verhängt. „Auch der Berliner Finanzsenator sollte diesem Gedanken näher treten.“ Die Finanzverwaltung gab am Donnerstag keine Stellungnahme dazu ab.

MEHR ZUM THEMA

MORGENPOST ONLINE

- € Ulrich Nußbaum - ein ganz eigener "Fischkopf"
- € Ulrich Nußbaum - Ein neues Gesicht für eine neue Epoche
- € Finanzsenator Nußbaum kündigt harte Einschnitte an

Die Grünen-Fraktion forderte vom Senat, wieder zu einer strikten Haushaltsdisziplin zurückzukehren. Der Sparkurs bei den Personalkosten müsse fortgesetzt werden. Das ginge allerdings nicht über eine dauerhafte Abkopplung der Berliner öffentlich Beschäftigten vom Gehaltsniveau in den anderen Ländern und dem Bund. Dafür müsse der Personalbestand konsequenter abgebaut werden, der immer noch über dem von Hamburg liege. „Der Grundsatz der Personalwirtschaft kann daher nur lauten: Entlohnung wie in den anderen Bundesländern bei einer Beschäftigtenzahl auf dem Niveau der Stadtstaaten.“

Zudem müsse sich der Senat zu der kürzlich vom Bundestag beschlossenen Schuldenbremse im Grundgesetz bekennen, forderte Esser. Stattdessen mache die SPD „mit fadenscheinigen Begründungen Front gegen ihre eigene Bundespartei“.

Mit der Obergrenze für neue Kredite sollen die Länder von 2020 an in der Regel keine neuen Schulden mehr aufnehmen dürfen. Die Grünen setzten sich dafür ein, diese Schuldenbremse auch in die Berliner Landesverfassung aufzunehmen. Kürzlich hatte sich allerdings ein SPD-Landesparteitag gegen eine Schuldenbremse ausgesprochen.

dpa/mim

WEITERE ARTIKEL AUS BERLIN

- € **Berliner Schulen:** Schließfächer sollen vor Dieben schützen
- € **Geburten:** Berliner Kliniken freuen sich über Babyboom
- € **Richtungsentscheidung:** Präsidenten-Wahlkampf spaltet Berliner TU
- € **Bildungspolitik:** Hundert Berliner Schulen sind ohne Führung